



DIE VEREINTEN NATIONEN IM ZENTRUM DER ZEITENWENDE.

Eingereicht von: Timo Vogler, Mitglied im Bundesvorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.

Zeitenwende gelingt nur gemeinsam!

- Die Gründungsidee der Vereinten Nationen ist eng mit dem politischen Programm „Freiheit von Furcht und Not“ des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt verbunden. Auch Willy Brandt schloss sich diesem Sicherheitsbegriff an, dem es um die konkrete Verbesserung der Lebenssituation der Menschen weltweit geht. Brandt beschrieb diese zugleich innen- und außenpolitische Aufgabe mit dem Begriff der „Weltinnenpolitik“. In Zeiten massiver Umbrüche und neuer Bedrohungen ist diese Weltinnenpolitik heute wichtiger denn je.
- Die Zeitenwende bietet eine Gelegenheit, statt vermeintlich übergeordneter staatlicher oder wirtschaftlicher Interessen die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen weltweit in den Mittelpunkt internationaler (Sicherheits-)Politik zu rücken. Zentraler Maßstab sollte die menschliche Sicherheit sein – ein Konzept, das auf das UN-Entwicklungsprogramm UNDP zugeht. Danach hängt menschliche Sicherheit nicht nur von persönlicher Sicherheit vor Krieg und Gewalt ab, sondern auch von wirtschaftlicher Absicherung, sicherer Ernährung, Gesundheit, sicheren Umweltbedingungen sowie gesellschaftliche und politische Sicherheit.
- Langfristiger Frieden ist nur bei einer nachhaltigen Entwicklung möglich. Deshalb war es ein gutes Signal, dass die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP als „Richtschnur unserer Politik“ bezeichnet werden. Diesen Worten müssen nun Taten folgen – auch in der Sicherheitspolitik und auch über eine bessere Ausstattung der Bundeswehr hinaus. Denn Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, globale Gesundheits- und Ungleichheitskrisen erzeugen immer neue Sicherheitsrisiken. Systemisches Denken und Politik für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der SDGs können helfen, solche Krisen präventiv zu verhindern und Resilienz zu stärken.
- Um Sicherheit in diesem breiten Sinne zu erreichen, braucht es starke und handlungsfähige Vereinte Nationen. Weltweite Herausforderungen – seien es Krieg und Gewalt, Hunger und Armut oder der voranschreitende Klimawandel und der Verlust von Biodiversität – kann die Welt nur gemeinsam meistern. Dazu sind die Vereinten Nationen kein perfektes, aber ein unverzichtbares Forum.



Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstreicht, warum wir die UN brauchen

- Die Entscheidungen der UN-Generalversammlung, des UN-Menschenrechtsrats sowie des Internationalen Gerichtshofs zur Verurteilung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine waren wichtige Zeichen dafür, dass die Weltgemeinschaft derartige eklatante Brüche des Völkerrechts nicht hinnimmt. Entgegen den Behauptungen russischer Propaganda befindet sich Russland nicht in einer Konfrontation mit den USA, der NATO oder „dem Westen“, sondern hat die allgemein anerkannten Regeln der internationalen Gemeinschaft gebrochen.
- Zu diesen Mehrheiten in UN-Gremien hat die Bundesregierung mit ihrem diplomatischen Engagement maßgeblich beigetragen. Nun wird es auf weitere Initiativen und das Engagement der Mitgliedstaaten ankommen. Die deutsche UN-Politik bleibt gefordert, insbesondere auch auf den Globalen Süden zuzugehen, um internationale Mehrheiten gegen Völkerrechtsbruch sicherzustellen.
- Der Krieg in der Ukraine zeigt einmal mehr, dass wir handlungsfähige Vereinte Nationen brauchen, um den weltweit spürbaren Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit wirkungsvoll und koordiniert zu begegnen. Wer, wenn nicht die Vereinten Nationen, kann einen zukünftigen Friedensprozess auf dem ukrainischen Territorium begleiten? Die UN mit ihrem Generalsekretär sind als Forum und Vermittler unabdingbar. Die Beteiligung der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, zum Beispiel der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA, bei den Aushandlungen von Weizenexporten oder der Nuklearen Sicherheit zeigt dies bereits jetzt. Ebenso sind die UN vor Ort ein wichtiger Akteur in der humanitären Hilfe.

Deutschland muss internationale Verantwortung übernehmen

- Wenn handlungsfähige Vereinte Nationen im deutschen Interesse liegen, sollte sich Deutschland auf den unterschiedlichsten Ebenen aktiv dafür einsetzen, die Vereinten Nationen zu stärken und so zu verändern, dass sie ihren Auftrag erfüllen können. Dies betrifft nicht nur die schwerfälligen Bemühungen zur Reform des UN-Systems, sondern gerade auch Deutschlands politischen Beitrag zu erfolgreichen Vereinten Nationen. Die DGVN hat in den vergangenen Jahren in zahlreichen Positionspapieren Vorschläge vorgelegt – zuletzt anlässlich der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl.¹

¹ https://dgvn.de/fileadmin/user_upload/DOKUMENTE/DGVN/Web25-10_DGVN_Forderungen_an_die_Koalitionsverhandlungen.pdf



- Eine zentrale Rolle spielt hierbei eine verlässliche Finanzierung der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen. Die Vereinten Nationen brauchen Deutschlands kontinuierliche und verlässliche Unterstützung, um der ihr zugewiesene Rolle gerecht zu werden und Projekte sinnvoll und langfristig planen zu können. Klar ist: Wir bekommen nur die Vereinten Nationen, die wir auch zu finanzieren bereit sind. Eine Kürzung der Mittel für die Vereinten Nationen in Zeiten der Zeitenwende – wie sie in den Entwürfen für die Haushaltsberatungen 2023 vorgesehen ist – wäre hier die denkbar schlechteste Entscheidung.
- Um menschliche Sicherheit zu sichern und zu verbessern, sollte Deutschland sich noch stärker an der Finanzierung des UN-Systems beteiligen und nicht nur eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts, sondern auch des Haushalts für Außen- und Entwicklungspolitik vorsehen. Statt eines 2-Prozent-Ziels des deutschen BIP sollte ein 3-Prozent-Ziel angestrebt werden, das 0,7 Prozent für Entwicklungspolitik sowie 0,3 Prozent für Diplomatie.
- Neben der finanziellen Unterstützung für das System der Vereinten Nationen ist Deutschland auch personell gefordert – und zwar militärisch, zivil und in UN-Polizeimissionen. Gut ausgebildetes deutsches Personal kann ein entscheidender Beitrag zum Gelingen von UN-Missionen sein. Deshalb sollte die Bundesregierung auch die Bereitschaft zeigen, substanzielle personelle Beiträge zum UN-Peacekeeping zu leisten. Gerade im Bereich der polizeilichen Unterstützung der Vereinten Nationen ist eine Bund-Länder-Vereinbarung seit mehreren Legislaturperioden überfällig und sollte schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.
- Um die Aktivitäten der Vereinten Nationen sinnvoll zu unterstützen, bedarf es einer kohärenten UN-Politik aller Ressorts. Dies kann durch zentrale Koordinierungsstelle für UN-Politik – zum Beispiel im Bundeskanzleramt – verbessert werden.

UNreformierbar?

- Die Debatte zur Reform der UN begleitet die Vereinten Nationen seit ihren Anfängen und verengt sich häufig auf die Betrachtung des Sicherheitsrats. Änderungen der UN-Charta, die für tiefgreifende Reformen erforderliche wären, sind jedoch (aktuell) nicht erreichbar und scheitern an der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit in der Generalversammlung ebenso wie an der erforderlichen Ratifikation durch alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats. Jegliche Debatte zur UN-Reform muss daher Betrachtungswege jenseits von Charta-Änderungen ins Auge fassen.



- Liechtensteins Initiative einer Begrenzung des Vetos unter Einbindung der Generalversammlung ist ein richtiger und pragmatischer Vorschlag. Die Blockaden im UN-Sicherheitsrat müssen gegebenenfalls durch eine klug abgestimmte Politik und Bildung von Mehrheiten in anderen Gremien umgangen werden.
- Die von UN-Generalsekretär António Guterres angestoßene Reform hinsichtlich eines nachhaltigen Friedens („sustaining peace“) mit ihrem Fokus auf der langfristigen Stabilisierung von Frieden und der damit verbundenen Stärkung der UN-Konfliktprävention ist ein wichtiger Baustein.² Gleiches gilt für die Managementreform im UN-Generalsekretariat. Beide Projekte müssen zwingend mit deutscher Unterstützung fortgeführt werden. Guterres‘ Bericht „Our Common Agenda“³ ist ein umfangreiches UN-Reformprogramm und verdient uneingeschränkte deutsche Unterstützung.
- Zugleich darf die Schwerfälligkeit bei der Reform von UN-Gremien und -Sekretariat nicht von den Leistungen und Erfolgen des UN-Systems ablenken. Dazu zählen insbesondere die Aktivitäten von UN-Sonderorganisationen und -Programmen wie dem UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR), dem UN-Kinderhilfswerk (UNICEF), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie den UN-Umwelt- und Entwicklungsprogrammen (UNEP bzw. UNDP). Auch in bewaffneten Konflikten sind UN-Blauhelmeinsätze ein bewährtes Mittel der Friedenssicherung – gerade in besonders schwierigen Situationen, in denen andere internationale Akteure den Einsatz scheuen.

² <https://dgvn.de/meldung/die-un-und-der-stabile-frieden-was-hat-es-mit-sustaining-peace-auf-sich>

³ <https://www.un.org/en/content/common-agenda-report/index.shtml>